

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 28

Er erscheint Sonntags.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M. Nur Postbezugs-
Bestellung bei allen Postämtern.

Berlin, den 3. Juli 1932

Geschäftsstelle: Berlin G2, Feuer Markt 8-12 IV.
Fernruf: Berlin 6 2, Kupfergaden 1129.
Anzeigen werden nicht aufgenommen.

48. Jahrgang

„Liebe deutsche Volksgenossen!“

Mit dieser vertraulichen Anrede wird die Gesamtheit des deutschen Volkes seit einiger Zeit beglückt, wenn sie abends am Lautsprecher Rundfunkübertragungen abhört. Die Intimität einer solchen Anrede kann nach landläufigen Begriffen nur dem gestattete sein, der sich mit dem Angesprochenen schicksalhaft verbunden fühlen will und kann. Dazu ist notwendig, daß er die meist sehr kleinen Freuden und das dafür um so größere Leid der erdrückenden Mehrheit seiner Hörer kennt und daß er bereit ist, dieses Leid mitzutragen und unter Einsetzung seiner ganzen Persönlichkeit auch zu mildern. Allen denen jedoch, die jetzt in ihren Rundfunk-Abendpredigten im deutschen Volke Stimmung zu machen suchen für die neue Richtung, die im politischen Leben Deutschlands seit dem 30. Mai eingeschlagen wird, fehlen diese Voraussetzungen. Ihre Vertraulichkeit ist darum ein Mißbrauch der Rundfunkhörer, den diese leider ungeschützt über sich ergehen lassen müssen.

Die Männer des Kabinetts der deutschen Republik sind wirklich die allerletzten, die von sich behaupten dürfen, daß sie mit dem größten Teil des deutschen Volkes auf Gedeih und Verderb zusammengeschweißt sind, und daß sie dessen Vertrauen im besonderen Maße besitzen. Sie wissen selbst nur zu gut, daß sie von der erdrückenden Mehrheit des deutschen Volkes bedingungslos abgelehnt werden, und daß sie nur in Amt und Würden sein können durch die Duldung der Anhänger politischer Abenteurer und weil sie die Grundzüge der Demokratie einseitig beiseite gestellt haben. Doch was sie nicht zu wissen scheinen, das ist, daß sie sich bei der deutschen Arbeiterklasse nicht durch plumpe Vertraulichkeit anbieten können. Der aufgeklärte deutsche Arbeiter und seine Arbeitskollegen hält es mit dem Wort eines seiner besten Führer, daß man dem „auf die Fäuste, nicht aufs Maul“ sehen müsse, mit dem man zu tun hat. Und die kurze Spanne Zeit von kaum vier Wochen hat doch wirklich schon genug Kostproben gebracht von dem, was der „Liebe deutsche Volksgenosse“ von der Regierung von Hitlers Gnaden erwarten kann.

Es läßt sich heute klar übersehen, mit welcher Brutalität die nur von den faschistischen Kadaverbanden gestützte neue Richtung in der Regierungskunst in die Lebenshaltung des Volkes eingegriffen hat. Mit dem Inkrafttreten der Notverordnung vom 14. Juni wird die Not und das Elend unter der Arbeiterschaft nicht mehr zu unterbinden sein. Die Arbeitslosen erhalten dann so niedrige Unterstützungssätze ausgezahlt, daß niemand davon zu leben vermag. Die Regierung des Herrn von Papen setzt damit in die Praxis um, was sie in ihrer

programmatischen Erklärung am 4. Juni nach ihrem Amtsantritt bereits antündigte. Das durch hohe Beitragsleistung wohlverworbene Recht des „lieben deutschen Volksgenossen“ auf ein Existenzminimum auch dann, wenn er arbeitslos, krank oder invalid ist, soll beseitigt werden. Nach der Meinung der mit monarchistischen Anschauungen stark belasteten Herren aus der Adelskaste, die zur Zeit die Regierung der deutschen Republik bilden, ist der deutsche Staat unter der Leitung der vergangenen Regierungen zu einer Wohlfahrtsanstalt geworden. Mit dieser Bewertung des sozialen Fortschrittes werden nicht nur alle diejenigen verächtlich gemacht, die ohne ihr Verschulden die Sozialeinrichtungen des Staates mit gutem Recht in Anspruch nehmen müssen, in ihr kommt zugleich eine bei der heutigen Verwilderung der Sitten kaum noch beachtliche Heuchelei zum Ausdruck. **Nicht die Arbeiterklasse benutzt den Staat als Wohlfahrtsanstalt, solange der schaffende Mensch durch seine eigene Beitragsleistung das Fundament der Versicherungseinrichtungen aufbaut, sondern Schwerindustrie, Großagrarier und Bankkonzerne, solange sich diese durch unübersehbare Millionen subventionen in ihre durch Mißwirtschaft, Unfähigkeit und Verschwendungssucht angehäuften Schulden vom Staat, d. h. von der Allgemeinheit, vom „lieben deutschen Volksgenossen“, bezahlen lassen. Die Ironie des Schicksals will es, daß sogar führende Männer der heutigen Regierung Unternehmungen durch Garantieleistung des Staates wieder flott machen ließen, an denen sie persönlich beteiligt sind.**

In welchem Umfang die einzelnen Wirtschaftsgruppen die Staatshilfe für sich in Anspruch nehmen, hängt von ihrer wirtschaftlichen Machtstellung und ihrem politischen Einfluß ab. Dementsprechend haben in den letzten Jahren innerhalb der Landwirtschaft fast nur der Großgrundbesitz und innerhalb der Industrie besonders die Schwerindustrie außerordentlich große Subventionen vom Staat herausgepreßt. Es gehört ein wissenschaftliches Sonderstudium dazu, sich in dem Gewirre von Hilfsaktionen, Notprogrammen, Kreditaktionen, Barzuschüssen, Umschuldungsmaßnahmen zu rechtzufinden. Zu alledem kommt die gewaltige Generalsubvention der deutschen Landwirtschaft, die diese durch den phantastisch hohen Zollschutz genießt und die der Verbraucherlast, d. h. dem „lieben deutschen Volksgenossen“, gewaltige Opfer zugunsten des Großgrundbesitzes auferlegt. Der Wirtschaftspolitiker des Zentrums, Friedrich Diefauer, hat errechnet, daß die Besteuerung der Verbraucherlast aus der Ueberhöhung der Agrarpreise sich auf annähernd 2½ Milliarden

Mark pro Jahr nach dem Stand der Preisüberhöhung der deutschen Agrarprodukte gegenüber den Weltmarktpreisen im Wirtschaftsjahr 1930/31 belief. Der Grundsatz, „wer die Wirtschaft führt, muß auch das Risiko tragen“, ist längst verlassen worden; es herrscht vielmehr weitgehend das Prinzip: Der Gewinn ist Privatsache, den Verlust aber trägt der Staat — die guten Geschäfte bleiben den Unternehmern und Kapitalisten, die Pleiten jedoch sind vom Staat zu sozialisieren. In der Bankkrise hat das Reich insgesamt eine Milliarde Mark zur Sanierung und Wiederaufrichtung der Großbanken, zur Stützung notleidender Provinzbanken und für zahlreiche Mittelstandsbanken usw. aufwenden müssen. Dazu kommt die Risikoübernahme der öffentlichen Hand für zahlreiche Finanzierungen.

Das neue Deutschland der Hitler-Anhänger und der gesamten Reaktion ist so schon längst zu einem Wohlfahrtsstaat für die Reichen geworden. Das zeigte jetzt auch wieder die Belastung, die durch die neuen Steueretze der Bevölkerung auferlegt wurde. Nur der Lohn- und Gehaltsempfänger wurde belastet, während die besitzenden Kreise verschont blieben. Das arbeitende Volk soll auf den tiefsten Stand der Existenzgrundlage herabgedrückt werden. So will es die vom Faschismus gebudete Papen-Regierung, die für die Schwerindustrie neuerdings wieder die Millionen gibt, die man den armen Teufeln von Arbeitslosen, dem „lieben deutschen Volksgenossen“, durch Rentenzurückzahlung und Druck auf die Arbeitslosenunterstützung gestohlen hat.

Auf politischem Gebiet ist das gleiche Verfahren erkenntlich. Die faschistischen Banden üben sich im Terror der Straße. Kein friedliebender Mensch ist seines Lebens sicher. In der frechsten Weise wird in den faschistischen Zeitungen zu Mord und Totschlag aufgehetzt, doch kein Staatsanwalt findet sich, der dem immer noch bestehenden Gesetz Achtung verschaffen würde. In Rudeln fällt heute das Gesindel — eine Folge seiner wieder zugelassenen Uniformierung — über den ruhig seines Weges Gehenden her, schlägt ihn mit verbotenen Waffen zu Boden und dann tobt sich die Nazipresse in grenzenloser Fehlgeliebtheit über die brutale Kadaverlust des — Niedergeschlagenen aus. Die vielfach freispredenden Urteile der Gerichte tragen an diesen unerhörten Zuständen die allergrößte Schuld. Der „Liebe deutsche Volksgenosse“ der Regierungsmänner ist heute zum Feindbild einer randalierenden Horde verwegener Burschen geworden, die ja auch unsere Länderparlamente aus einem Ort ernster Arbeit zu einer Stätte der wüsten Standalzen gemacht haben, in denen sie ein Affentheater zum Gespött der ganzen Menschheit auführen.

Die Aufhebung des Verbots der Hitlerschen Privatarmee geschah nach der Erklärung des

Reichspräsidenten in der Erwartung, daß Gewalttätigkeiten unterbleiben würden. Die letzten Wochen zeigten, daß diese Erwartung, die im Volke keinen Boden hatte, nicht verwirklicht wurde. Das provokatorische Auftreten der Hitler-Banden läßt das Ansehen des deutschen Volkes im Ausland ins Nichts zurückfallen. Statt hier durchzugreifen, werden die Länder, die sich gegen Terror und Gewalt wehren, durch Reichsmaßnahmen in diesem ihrem Selbstschutz behindert. Das Wohlwollen für den „lieben deutschen Volksgenossen“ erstreckt sich eben nicht auf den ruhigen und friedliebenden Staatsbürger, sondern als Gegenleistung für die Duldung eines an sich unmöglichen Kabinetts nur auf terrorisierende Kaufbolde.

So liegen heute die Verhältnisse im angeblichen Rechtsstaat Deutschland infolge der faschistischen Provokationen und der Sympathien maßgebender Regierungsmänner für diese. Das deutsche Volk weiß, daß die derzeitige Leitung des Staates vor der Nazitumpanei strammsteht und daß sie — ausnahmsweise — einem Wort des monarchistischen Reichsinnenministers folgen muß, der in einer Rede in Königsberg sagte: „Haltet fest im Glauben an euch selbst!“ Die deutsche Arbeiterschaft verliert den Glauben an sich selbst nicht, sie weiß, daß nur ihre eigene Kraft sie

die schwere Zeit überwinden läßt. Im Einheitszeichen der drei Pfeile Aktivität, Disziplin und Einigkeit treten die deutschen Arbeiter zum Kampf um ihr Recht an: sie wollen im Volksstaat Deutschland ein gleichberechtigter Faktor des Staatsganzen, wirklich Volksgenossen sein. Ihr Symbol, das ihren Kampfwillen verkündet, sind die Pfeile, unter denen sie den Faschismus und dessen Helfershelfer schlagen werden für ihre Freiheit, für die Freiheit jedes echten deutschen Volksgenossen!



Drei Pfeile sind das Symbol aller Freiheitskämpfer in der Eisernen Front.
Drei Pfeile fliegen dem Feind entgegen, der mit Lüge und Niedertracht den politischen Kampf führt.
Drei Pfeile sind das Symbol der Aktivität, der Disziplin und der Einigkeit. In ihrem Zeichen kämpfen die Massen.
Drei Pfeile sind das Symbol der Kampfentschlossenheit, der Treue und des Glaubens an den Sieg.

Arbeitshilfe für die erwerbslose Jugend.

In der Bundesausschussitzung vom 14. Juni berichtete Genosse Spließ über die vom Bundesvorstand ausgearbeiteten Richtlinien für die „Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen“. Diese Richtlinien, die zugleich den Funktionären der Gewerkschaften Anhaltspunkte für ihre Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst geben sollen, behandeln im einzelnen die Frage der Arbeitsschulung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Selbsthilfe. Die Gewerkschaften halten an ihrer ablehnenden Stellung zur Arbeitsdienstpflicht, wie sie von anderer Seite propagiert wird, fest. Ihre allgemeine Stellung zum freiwilligen Arbeitsdienst ist auf dem Krisenkongreß der Gewerkschaften und in den Reichstagsverhandlungen Anfang Mai präzisiert worden. Im Rahmen dieser grundsätzlichen Anschauung halten sich auch die neuen Richtlinien. Sie bringen darüber hinaus noch konkrete Vorschläge, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen.

Bei der Arbeitsschulung handelt es sich um besondere Maßnahmen für die Schulentlassenen, die keine Lehr- oder Arbeitsstätte finden können, und für die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen an- und ungelernen Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angestrebt, das als soziale Fürsorgemaßnahme aufzufassen ist und nicht mit schulorganisatorischen Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterbildungsmöglichkeiten, bei denen gleichermaßen Einrichtungen der Volks- wie der Berufsschule ins Auge zu fassen sind, muß den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammellehrwerkstätten gedacht. Für die arbeitslosen an- und ungelernen Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufsschulunterricht über die durch Ortsführung festgelegte Wochenstundenzahl eingeführt werden. Selbstverständlich müßte in diesem Rahmen außer der beruflichen Weiterbildung auch für die Allgemeinbildung und die

sportliche Betätigung der Jugendlichen Sorge getragen werden.

Bei der Organisation und Durchführung der Arbeitsgestaltung muß die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der zentralen als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Die Beschäftigung soll vorwiegend von erzieherischen und fürsorgereichen Zielen geleitet sein. Die Arbeiten, die im Rahmen der Arbeitshilfe zu leisten sind, müssen gemeinnützig und zugänglich sein.

Die kollektive Selbsthilfe hat den Zweck, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Erzeugnissen dieser Arbeit Arbeitslose zu versorgen. Hierbei kommen vor allem Betriebe in Betracht, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Bekleidung, Schuhwerk, Hausrat hergestellt werden. Ebenso muß in diesem Zusammenhang an die Durchführung wohlfeiler Speisung gedacht werden. Sie kann sich auch erstrecken auf die Errichtung der Arbeitslager, die Erzeugung gewisser Nahrungsmittel für den eigenen Bedarf der Arbeitsgruppen und auf sonstige Arbeiten der Selbstversorgung.

Wenn der Bundesvorstand sich dazu entschlossen hat, für die Funktionäre durch diese Richtlinien Anhaltspunkte für die praktische Entscheidung zu schaffen, dann hat er es gerade aus seiner kritischen Einstellung zum freiwilligen Arbeitsdienst, wie er bisher aufgezoogen wird, tun müssen. Es ist notwendig, im Interesse der für vorläufig unabsehbare Zeit arbeitslosen Jugend ein praktisches Programm zu schaffen, um so mehr, als die arbeitslose Jugend in die Arbeit hineindrängt. Dabei ist im Auge zu behalten, daß der freiwillige Arbeitsdienst in seinen Wirkungen nicht begrenzt wird durch das fehlende Angebot von Arbeitskräften, sondern durch seine Kosten, Mittel und den Mangel an wirklich wirtschaftlichen Arbeitsobjekten. Daher ist das Programm des Bundesvorstandes bestrebt, die sozialpädagogische Gesichtspunkte als die entscheidenden in den Vordergrund zu stellen.

Der wirtschaftliche Nutzen der im freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Arbeit ist sehr gering. Es muß daher bei der Auswahl der Arbeitsobjekte gerade in dieser Zeit, die eine Vergeubung von wirtschaftlichen Werten nicht gestattet, erhöhte Sorgfalt verwandt werden. Unter der jetzigen Regierung ist besondere Vorsicht am Platze, da in deren Kreisen vielfach der freiwillige Arbeitsdienst nur als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht angesehen wird. Auch der Begriff der „Zusätzlichkeit“ ist in der Praxis sehr schwer zu bestimmen. Tatsächlich werden vielfach reguläre Arbeiten als zusätzliche Arbeiten durchgeführt. Auch kann die Gefahr nicht verkannt werden, daß der freiwillige Arbeitsdienst mißbraucht wird, um die Löhne zu drücken.

Diese kritischen Einwände ändern jedoch nichts an der Tatsache, daß die Arbeitshilfe für die erwerbslosen Jugendlichen eines der drängendsten Probleme der Zeit ist. Die Gewerkschaften können sich daher der Verpflichtung nicht entziehen, zu dieser Frage eine eindeutige Stellung einzunehmen, um so mehr, als die Mittel für jugendpflegerische Aufgaben nur im Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst beschafft werden können. Der freiwillige Arbeitsdienst wird auf diese Weise gleichsam zu der heute üblichen Form jugendpflegerischer Maßnahmen kommen.

Da jetzt von allen Seiten Vorschläge für die Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes gemacht werden, sind die Gewerkschaften doppelt verpflichtet, Stellung zu nehmen und sich ihren praktischen Einfluß zu sichern. Die Richtlinien sind zugleich eine Kritik an dem, was ist.

Die neuen Unterstufungssätze in der Arbeitslosenversicherung.

Die wöchentliche Unterstützung beträgt:

in der Lohnklasse	in der Sonderklasse Ortsklasse A				
	ohne	mit 1	mit 2	mit 3	mit 4
	zuschlagsberechtigten Angehörigen				
	RM.	RM.	RM.	RM.	RM.
I	5,10	6,60	6,60	6,60	6,60
II	6,—	7,50	9,—	10,50	10,50
III	7,20	9,—	10,80	12,60	12,60
IV bis VI	8,40	10,20	12,—	13,80	15,60
VII u. VIII	9,90	12,30	14,70	17,10	19,50
IX bis XI	11,70	14,40	17,10	19,80	22,50

in den Ortsklassen B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern

I	5,10	6,60	6,60	6,60
II	6,—	7,50	9,—	10,50
III	6,—	7,50	9,—	10,50
IV bis VI	7,20	9,—	10,80	12,60
VII u. VIII	8,40	10,20	12,—	13,80
IX bis XI	9,90	12,30	14,70	17,10

in den Ortsklassen B bis E mit 10 000 und weniger Einwohnern

I	4,50	5,70	5,70	5,70
II	4,50	5,70	6,90	8,10
III	5,10	6,60	8,10	9,60
IV bis VI	6,—	7,50	9,—	10,50
VII u. VIII	7,20	9,—	10,80	12,60
IX	7,20	9,—	10,80	12,60
X	8,40	10,20	12,—	13,80
XI	8,40	10,20	12,—	13,80

Diese Sätze gelten für den Arbeitslosen (innerhalb einer Anwartschaftsperiode) nur für die ersten sechs Wochen der Arbeitslosigkeit auf jeden Fall, d. h. ohne Bedürftigkeitsprüfung und ohne Abweichungen. Von der siebenten Woche an haben sie für den Arbeitslosen nur noch die Funktion von unüberschreitbaren Höchstfüßen. Die Frage, ob der Arbeitslose überhaupt noch Unterstützung erhält und in welcher Höhe, entscheidet sich nach den für die örtliche Wohlfahrtspflege geltenden „Richtfüßen“.

INTERNATIONALES

Dänemark.

Der 13. Kongreß des dänischen Buchbinder-Verbandes fand vom 12. bis zum 14. Juni in Kopenhagen statt. Der Verband umfaßt in 14 örtlichen Abteilungen 948 männliche und 2763 weibliche = 3711 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 1. April 1929 ist eine Zunahme von 328 Mitgliedern zu verzeichnen. Da die Berufsangehörigen nahezu vollzählig organisiert sind, ist eine weitere Zunahme nur dann zu erwarten, wenn sich deren Zahl erhöhen sollte.

Die Lohn- und Arbeitsbedingungen sind durch drei Landestarifverträge für die Buchbindereien, für die Kartonnagen- und für die Papierwaren-Industrie geregelt. Im Jahre 1931 mußte ein Abbau der Löhne in Kauf genommen werden, der sich bei den Akkordarbeitern auf 3—6 Prozent und für Arbeitnehmer, die im Stundenlohn arbeiteten, auf 3—7 Prozent belief, sofern der Lohn über 1,20 bzw. 1,50 Kr. betrug. Die weitergehenden Abbaugesuche der Unternehmer waren damit abgewehrt worden. Bei dem Ablauf der Tarifverträge vor einigen Wochen erhoben die Unternehmer die Forderung auf einen weiteren 20prozentigen Abbau der Löhne. Der Streit um die Neugestaltung der Lohnhöhe zog sich eine Reihe von Wochen hin und endete damit, daß der Vorschlag des Schlichters, nach dem es auf ein weiteres Jahr bei den bisherigen Tariflöhnen verbleiben soll, angenommen wurde. Die tariflich festgelegten Höchstlöhne werden nur in seltenen Fällen gezahlt. Gewöhnlich erfolgt eine Bezahlung, die nennenswert höher ist als der Tariflohn. Nach einer Statistik, die im Jahre 1931 aufgenommen wurde, betragen die durchschnittlichen Stundenlöhne in Kopenhagen für Männer 1,77 Kr. und für Frauen 0,95 Kr. Die Akkordverdienste sind hierin einbezogen. In der Provinz, in der nur wenig oder nicht im Akkord gearbeitet wird, betragen sie 1,34 bzw. 0,73 Kr. Für die Kartonnagen-Industrie wird ein Lohn von 1,33 bzw. 0,90 Kr. und für die Papierwaren-Industrie ein solcher von 1,22 bzw. 0,71 Kr. festgestellt. Da im Jahre 1914 der Lohn eines Buchbindergehilfen in Kopenhagen 0,50 Kr. und der einer Arbeiterin 0,27 Kr. betrug, ist zu erkennen, in welchem Umfang die Einkommensverhältnisse der Berufsangehörigen zu verbessern.

Leider macht sich auch in Dänemark die Weltwirtschaftskrise immer mehr und mehr bemerkbar. Nach den amtlichen Feststellungen ist die Zahl der Arbeitslosen vom Januar 1931 bis zum Januar 1932 um rund 35 000 gestiegen. Auch unsere Berufsangehörigen leiden schon seit längerer Zeit unter einer erheblichen Zunahme der Arbeitslosigkeit. Während im März 1930 nur 410 = 11,5 Prozent arbeitslose Mitglieder gezählt wurden, ist deren Zahl im März 1932 auf 882 = 23,7 Prozent angestiegen und noch ist eine Besserung der Wirtschaftslage nicht zu erkennen, so daß mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosenzahl zu rechnen ist.

Die Verbandsbeiträge betragen für Männer 2,70 Kr. und für Frauen 1,50 Kr., sie gliedern sich in entsprechende Anteile für die Hauptkasse, die Streikkasse, die Begräbniskasse, die Arbeitslosenkasse, zwei Sonderfonds und die Abteilungskassen. Der Anteil für die Arbeitslosenkasse ist auf 1,20 Kr. für Männer und 0,85 Kr. für Frauen festgelegt. Der Verbandstag beschloß, die Beiträge für Männer um 0,30 Kr. und für Frauen um 0,20 Kr. zugunsten der Arbeitslosenkasse zu erhöhen, so daß sich der Gesamtbeitrag auf 3 Kr. bzw. 1,70 Kr. stellt. Mit dieser Beitragserhöhung wurde zugleich beschlossen, daß die Anzahl der Tage, für die innerhalb zwölf Monaten Arbeitslosenunterstützung in Anspruch genommen werden kann, von 140 auf 160 erhöht wird. Die Erweiterung der Unterstützung kann jedoch nur dann zur Durchführung gebracht werden, wenn die Behörden für die in Aussicht genommene Erhöhung der Bezugsdauer die Genehmigung erteilen. Die Arbeitslosenunterstützung steht nämlich unter staatlicher Kontrolle. Es

werden vom Staat bzw. den Gemeinden 55 Prozent der zur Auszahlung gebrachten Arbeitslosenunterstützung an den Verband zurückerstattet. Die Behörden haben daher ein Interesse daran, wie die Höhe und die Dauer der Unterstützung festgesetzt wird.

Das Vermögen des Verbandes belief sich am 31. März 1932 auf 816 000 Kr. = 220 Kr. pro Mitglied, auf die Streikkasse entfallen davon allein 580 000 Kr. = 156 Kr. pro Mitglied. Durch den sehr respektable Vermögensbestand des Verbandes kommt deutlich zum Ausdruck, welchen hohen Wert unser dänischer Bruderverband darauf

Für die Freiheit!

Die Organisation ist in Gefahr! Die Reichstagswahl entscheidet! Wehr' dich! Gib dein Freiheitsopfer!



Alle Funktionäre haben Freiheitsopfer-Marken zu 15 und 50 Pfennig. —

Bringe dein Freiheitsopfer! Jedes Scherlein zählt! **Gib**

legt, allezeit selbst für große Auseinandersetzungen mit dem Unternehmertum gerüstet zu sein.

Der Geschäfts- und Kassenbericht für die verflossenen drei Jahre lag dem Verbandstag gedruckt vor, er wurde vom Vorsitzenden Th. Nielsen und vom Verbandskassierer Kr. Eriksen eingehend erläutert. Nach einer äußerst sachlichen und ruhigen Aussprache wurde der Bericht vom Verbandstag gutgeheißen. Wie nicht anders zu erwarten, war dabei der in den letzten Wochen beendete große Kampf mit dem gesamten Unternehmertum Dänemarks Gegenstand eingehender Erörterungen, wobei die Stellungnahme der gewerkschaftlichen Landesorganisationen und der Verbandsleitung zwar von einigen Rednern kritisiert, im übrigen aber voll gewürdigt wurde. Auch die Verkürzung der Arbeitszeit unter 48 Stunden wurde als absolut erforderlich angesprochen angesichts der fortschreitenden Mechanisierung der Arbeitsmethoden und der immer weiteren Ausschaltung von Arbeitskräften aus dem Produktionsprozeß. Die Zusammenarbeit mit den übrigen graphischen Berufsverbänden, die zeitweilig etwas gestört war, hat sich nach dem Geschäftsbericht in jüngster Zeit zum besseren gewendet. Dem Verbandsvorstand wurde aufgegeben, die bestehenden freundschaftlichen Beziehungen weiter zu pflegen und darauf hinzuwirken, daß bald ein Kartell der graphischen Verbände gebildet werden kann. Der mit den Bruderverbänden in Schweden und Norwegen bestehende Gegenseitigkeitsvertrag hat sich gut bewährt, besonders im Hinblick auf die Aussperrung in Norwegen. Das Zusammenarbeiten der drei skandinavischen Bruderverbände wird als ein außerordentlich gutes bezeichnet. Um den schädigenden Wirkungen zu begegnen, die durch Vergebung von industriellen Arbeiten an Strafanstalten entstehen, ist eine Kommission aus Vertretern aller in Betracht kommenden Berufe gebildet worden, die mit dem Justizministerium Verhandlungen führen soll, damit die in der Erscheinung getretenen Mißstände beseitigt werden.

Bei der im Jahre 1931 geführten Lohnbewegung wurde erreicht, daß vier Ferientage

festgelegt wurden, deren Zahl ab 1932 auf sechs erhöht werden soll. Für die Durchführung der Feriengewährung und -bezahlung wurde mit den Unternehmern eine besondere Ferienordnung vereinbart. Nach dieser werden allwöchentlich vom Unternehmer zwei Prozent des verdienten Lohnes in Form einer entsprechenden Wertmarke in eine für jeden Arbeitnehmer bereitgehaltene Karte eingeklebt. Die Wertmarken werden vom Arbeitgeberverband ausgegeben. Das Ferientgelt wird durch den Verband entsprechend dem Wert der geklebten Marken zur Auszahlung gebracht, er enthält dann den ausgelegten Betrag vom Arbeitgeberverband zurückerstattet. Durch diese Ferienordnung wird erreicht, daß kein Arbeitnehmer ohne bezahlte Ferien bleibt.

Nach Beratung des Statutes und der sonstigen Bestimmungen wurden die Wahlen vollzogen und die Kollegen Th. Nielsen und Kr. Eriksen wieder mit der Leitung des Verbandes betraut.

Der Verbandstag, der sich aus 51 Delegierten — darunter elf weiblichen — und dreizehn Mitgliedern der Verbandsleitung zusammensetzte, nahm einen sehr würdigen, von großer Sachlichkeit getragenen Verlauf. Als Gäste waren auf dem Verbandstag je ein Vertreter des schwedischen, des norwegischen und des deutschen Verbandes, sowie je ein Vertreter der Verbände der Buchdrucker und der Litographen anwesend, außerdem ein Vertreter der gewerkschaftlichen Landesorganisation.

H.

Verband der Papier- und Kartonnagenarbeiter in Spanien.

Die Gewerkschaftsbewegung in Spanien hat seit der Revolution einen riesigen Aufschwung genommen, an dem auch die Papier- und Kartonnagenarbeiter beteiligt sind. In einer Sondernummer der spanischen Gewerkschaftszeitung ist darüber zu lesen, daß der Verband im Jahre 1929 mit rund 1200 Mitgliedern gegründet wurde. Er konnte seine Mitgliederzahl bis zum politischen Umschwung im Jahre 1931 etwa verdoppeln, um dann in wiederum einem Jahre eine abermalige Verdoppelung zu erleben, so daß er am Schluß des 1. Quartals 1932 mit 4875 Mitgliedern erscheint.

Das ist der Faschismus!

„Der Faschismus in Italien hat den Arbeitern ihre eigene Partei und ihre eigenen Zeitungen genommen, er hat dort alle Arbeitergewerkschaften ebenso unterdrückt wie die Betriebsräte, er hat die Arbeiter von der Arbeitsgerichtsbarkeit ausgeschlossen und ihre Konsumgenossenschaften zerstört, er hat die selbständigen Bildungseinrichtungen, die eigenen Sport- und Turnverbände wie alle anderen Einrichtungen der Arbeiterschaft unterdrückt. Mussolini hat jede Koalitions-, Vereins-, Versammlungs- und Meinungsfreiheit — außer für Faschisten — vernichtet.“

Die Arbeiter sind aus der italienischen Kommunalverwaltung hinausgeprügelt worden (sie hatten in 3000 Gemeinden die Mehrheit), in der faschistischen Diktatur gibt es keine parlamentarische Selbstregierung und keine Selbstverwaltung, weder in der Gemeinde noch im Kreis oder in der Provinz, weder bei den Versicherungen noch sonstwo.“

(Aus der Broschüre: „Diktatur“.)

Italien gilt den deutschen Faschisten als Vorbild. So also wollen die Nazis ihr Drittes Reich in Deutschland errichten

Abrechnung der Verbandsstoffe.

Table with 2 columns: Name of item and Amount. Includes 'Eingelassen von dem Jagdwald', 'Hilfsstoffe', 'Kaufstoffe', etc.

U Ausgaben.

Table with 2 columns: Description of expense and Amount. Includes 'Gehälter der Beamten und Hilfskräfte', 'Waldarbeiter für Gartenarbeiten', 'Brennstoffe', etc.

Bilanz.

Table with 2 columns: Category and Amount. Includes 'Einnahmen', 'U Ausgaben', 'Vortragsgebühren'.

Abrechnung der Funktionärer-Unterstützungstoffe.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beitrag am 31. Dezember 1931', 'Beitrag der Jagdwalden und Gase', etc.

Abrechnung des Verbands.

Main table with 10 columns: Name of district, Number of members, Total amount, and various sub-totals. Lists districts like 'Gau Nordellen', 'Gau Schellen', etc.

vom 1. Quartal 1932.

der Jagdwalden.

Table with 10 columns: Name of district, Number of members, Total amount, and various sub-totals. Lists districts like 'Gau Hainbühl', 'Gau Hainberg', etc.

U Ausgaben.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beiträge an die Unterstützungsvereine', 'Beitrag am 31. März 1932', etc.

U Ausgaben.

Table with 2 columns: Description and Amount. Includes 'Beiträge an die Unterstützungsvereine', 'Beitrag am 31. März 1932', etc.

Zur Abrechnung vom 1. Quartal 1932.

Nach der vorliegenden Abrechnung zählte der Verband am 31. März 1932 16 990 männliche und 30 402 weibliche, zusammen 47 392 Mitglieder. Gegenüber dem Stand vom 31. Dezember 1931 bedeutet das einen Rückgang in der Mitgliederzahl um 436 männliche und 1657 weibliche, zusammen 2093 Mitglieder.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilen sich die Mitglieder wie folgt:

	Mitglieder	
	männl.	weibl.
1. Beitragsklasse	145	3 737
1. " m. Juv.	63	—
2. " "	319	7 265
3. " "	1 196	12 470
3. " m. Juv.	—	5 793
4. " "	2 696	1 027
5. " "	12 571	110

Außerdem gehören noch 1097 Lehrlinge der Lehrlingsklasse an, gegenüber 1149 am Schluß des vorigen Quartals.

Dem Verband beigetreten sind im Laufe des ersten Quartals 97 männliche und 239 weibliche Berufsangehörige. Aus anderen Organisationen traten 6 männliche und 22 weibliche Mitglieder zu unserem Verband über. Diese Zugänge verteilen sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen:

a) Männliche:			
Lehrlingsklasse	43 Eintritte und	— Uebertritt	
1. Beitragsklasse	2	—	"
2. " "	1	—	"
3. " "	9	—	"
4. " "	11	4 Uebertritte	"
5. " "	31	2	"
b) Weibliche:			
1. Beitragsklasse	85 Eintritte und	4 Uebertritte	
2. " "	81	10	"
3. " "	69	8	"
4. " "	1	—	"

An Eintrittsgeld wurden 183,60 Mt. entrichtet, davon 56,60 Mt. von männlichen und 127 Mt. von weiblichen Mitgliedern.

An Beiträgen wurden insgesamt 289 358,50 Mt. geleistet. Davon entfallen auf die männlichen Mitglieder für 98 354 Beiträge = 152 776,85 Mt., auf die weiblichen Mitglieder 185 903 Beiträge = 134 573,60 Mt. und auf die Lehrlingsklasse für 13 387 Beiträge = 2008,05 Mt. Nach dem Durchschnitt berechnet leistete in den 13 Wochen des Quartals jedes männliche Mitglied 5,8 und jedes weibliche Mitglied 6,1 Beiträge. Die durchschnittliche Höhe jedes einzelnen Beitrags betrug bei den männlichen Mitgliedern 155,4 Pf., bei den weiblichen 72,3 Pf. und bei beiden zusammen 101 Pf.

Auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt sich die Beitragsleistung wie folgt:

a) Männliche Mitglieder:			
			Mt.
Lehrlingsklasse	13 387 Beitr. à 15 Pf. =		2 008,05
1. Beitragsklasse	1 016 Beitr. à 30 Pf. =		304,80
1. " m. Juv.	769 " à 70 " =		538,30
2. " "	1 539 " à 60 " =		923,40
3. " "	5 223 " à 75 " =		3 917,25
4. " "	13 947 " à 130 " =		18 131,10
5. " "	75 840 " à 170 " =		128 962,—
Zusammen	98 354 Beiträge	=	152 776,85
b) Weibliche Mitglieder:			
1. Beitragsklasse	21 703 Beitr. à 30 Pf. =		6 510,90
2. " "	41 407 " à 60 " =		24 844,20
3. " "	81 914 " à 75 " =		61 435,50
3. " m. Juv.	33 430 " à 95 " =		31 758,50
4. " "	6 597 " à 130 " =		8 576,10
5. " "	852 " à 170 " =		1 448,40
Zusammen	185 903 Beiträge	=	134 573,60

Für beitragsfreie Wochen infolge von Arbeitslosigkeit oder Krankheit wurden von den männlichen und weiblichen Mitgliedern zusammen 308 005 beitragsfreie Marken geklebt. Durchschnittlich waren demnach in den 13 Wochen des ersten Quartals in jeder Woche 23 692 Mitglieder oder 49,9 Proz. der Mitglieder erwerbslos.

An sonstigen Einnahmen sind in den Zahlstellen 796,40 Mt. zu verzeichnen, davon 776,10 Mt.

für zurückgezahlte Unterstüßungen, 30 Pf. für eine in Verlust gekommene Mitgliedskarte und 20 Mt. für nachträglich gezahlte Kampffondsarten.

Die gesamten Einnahmen der Zahlstellen und Gasse belaufen sich auf 290 338,50 Mt.

Zu Buchüsse aus der Verbandskasse waren 310 865,94 Mt. für Zahlstellen und 20 450 Mt. für die Bezirksleiter, zusammen 331 315,94 Mt. erforderlich.

Die gesamten Ausgaben der Zahlstellen und Gasse belaufen sich, ausschließlich der an die Verbandskasse eingesandten Beträge, auf 565 221,42 Mt. An die Verbandskasse wurde der Betrag von 17 298,36 Mt. eingesandt.

Von den Ausgaben entfallen 343 071,50 Mt. auf die Arbeitslosenunterstützung, welcher Betrag sich wie folgt auf die einzelnen Beitragsklassen verteilt:

1. Klasse männl.	192,— Mt.,	weibl.	3 175,50 Mt.
2. " "	1 118,50	"	27 745,40
3. " "	7 163,40	"	125 571,90
4. " "	21 034,—	"	8 126,90
5. " "	147 853,—	"	1 017,30
Zusänder	73,60	"	—,—
Zusamm.männl.	177 434,50 Mt.,	weibl.	165 637,— Mt.

Für Krankenunterstützung waren 50 197,35 Mt. erforderlich, die sich auf die einzelnen Beitragsklassen wie folgt verteilen:

1. Klasse männl.	3,— Mt.,	weibl.	642,40 Mt.
2. " "	45,10	"	4 534,05
3. " "	436,20	"	16 402,30
4. " "	3 120,90	"	1 398,50
5. " "	23 479,90	"	135,—
Zusamm.männl.	27 085,10 Mt.,	weibl.	23 112,25 Mt.

Invalidenunterstützung kam an 590 männliche und 40 weibliche Invaliden im Betrage von

74 222,25 Mt. zur Auszahlung. Für ärztliche Atteste waren 250,86 Mt. zu erstatten.

Für Umzugsunterstützung waren an sieben männliche und ein weibliches Mitglied 447,50 Mt. zu zahlen.

An die Hinterbliebenen von 36 männlichen und drei weiblichen verstorbenen Mitgliedern wurden zusammen 9937 Mt. Unterstüßungen gezahlt.

Für Rechtschutz wurden an ein männliches und neun weibliche Mitglieder 40,23 Mt. aufgewandt.

Kostandsunterstützung kam an zwei männliche Mitglieder und ein weibliches Mitglied mit 110 Mt. zur Auszahlung.

Als Gemäßregelte waren drei männliche und zwei weibliche Mitglieder mit zusammen 880,20 Mt. zu unterstüßen.

An Ertraunterstützung für ausgesteuerte arbeitslose Mitglieder wurden im 1. Quartal 24 665 Mt. ausgezahlt.

Für Wohnbewegungen wurden in den Zahlstellen 842,09 Mt. und für außerordentliche Agitation 612,50 Mt. verausgabt.

Zur Bestreitung örtlicher Ausgaben mußten 65 944,94 Mt. den Zahlstellen und Gassen belassen werden. Als Vortrag für das 2. Quartal 1932 verblieben 63 978,84 Mt. in den Kassen der Zahlstellen und Gassen, dem ein Guthaben bei der Verbandskasse von 37 453,72 Mt. gegenübersteht.

Der Abschluß der Verbandskasse weist an Einnahmen 103 858,31 Mt. und an Ausgaben 375 943,64 Mt. auf, so daß eine Mehrausgabe von 272 085,33 Mt. zu verzeichnen ist.

Der Bestand der Reserven für die Invalidenunterstützung ist im 1. Quartal 1932 um 32 685,91 Mt. zurückgegangen.

Die Unterstüßungskasse der Funktionäre schließt für das 1. Quartal 1932 mit einem Bestand von 156 586,58 Mt. ab. Wilh. Greve.

Unsere Jugendarbeit vor der Öffentlichkeit.

Der Drang und das Bedürfnis so vieler Korporationen, einem größeren Kreis von Menschen einen Einblick in ihr Wirken und Schaffen zu geben, um dadurch neue Anhänger und Freunde für ihre Sache zu gewinnen, ist auch in der Jugendbewegung vorhanden. Von der richtigen Voraussetzung ausgehend, daß Reden allein nicht viel nützt, sondern daß die Tat, die geleistete Arbeit und das, was man sonst seinen Anhängern bietet, für eine Organisation empfehlend wirkt, geht man nunmehr in vielen Orten dazu über, mit Hilfe von Ausstellungen für seine Bestrebungen zu werben. Die Erwachsenen und die Eltern der Jugendlichen, ganz besonders aber auch die Vertreter der öffentlichen Körperschaften, können hier den besten Eindruck von der Zielstrebigkeit der Jugendarbeit innerhalb der einzelnen Gruppen gewinnen.

Wird nun einmal den verantwortlichen Jugendleitern in unserem Verband und den Jugendgruppen der einzelnen Zahlstellen die Möglichkeit gegeben, sich an einer größeren Ausstellung zu beteiligen, dann wird immer zunächst die Frage auftauchen: Wie und womit sollen wir der Öffentlichkeit unsere Arbeit für die jungen Berufsangehörigen nahebringen? Dabei ist es gar nicht so wenig, was von einzelnen Jugendgruppen gezeigt werden kann.

Die Jugendgruppe in Plauen hatte vor kurzem Gelegenheit, im Rahmen einer großen Jugendausstellung ihr seitheriges Wirken, ihre Arbeit und ihre Bestrebungen der Öffentlichkeit zu unterbreiten. Träger der Veranstaltung war der Ortsausschuß der deutschen Jugendverbände. Dem freigewerkschaftlichen Jugendkartell stand ein besonderer Raum zur Verfügung, und hier wieder unserer Buchbinderjugend eine Fläche von etwa 7 bis 8 Quadratmeter. Der

Aufbau zeigte, daß unsere Jugendgruppe Wert darauf legte, eine systematische Gliederung der einzelnen Tätigkeitsgebiete zu erzielen. Das läßt sich ja auch ganz gut machen, wenn man, je nach dem was eine Gruppe zur Verfügung steht, eine Zwei- bzw. Dreiteilung vornimmt. Eine Gliederung in die Abschnitte „Unser wirtschaftlicher Kampf“, „Im Heim und auf Fahrt“ und „Arbeiten aus den Bastelabenden“ war hier ganz klar zu erkennen.

Die Erzeugnisse aus den Bastelabenden setzten sich zusammen aus Photoalben, fünf-, sechs- und mehrfarbigen Schatullen, Schreibmappen und verschiedenen Mustern von selbst angefertigten Kleisterpapieren. Mehrere Bücher der einschlägigen Fachliteratur und eine Aufnahme, die einen Blick in einen Bastelabend gewährte, vervollständigten diesen Teil.

Der Abschnitt „Im Heim und auf Fahrt“ bestand vorwiegend aus Photos von größeren Fahrten und Wanderungen der Gruppe, die — mit entsprechenden Erklärungen versehen — sich vorteilhaft hervorhoben. Weiter waren noch Aufnahmen von Veranstaltungen im Heim, bei denen auch die Musikgruppe in Wirksamkeit trat, ausgestellt. Ein großes Plakat „Auszug aus den bisherigen Vortragsthemen an unseren Heimabenden“ erwähnte ein Duzend Vorträge aus verschiedenen Wissensgebieten, darunter auch einige Fachvorträge. Eine Ergänzung dieses Teiles könnte nun noch darin bestehen, daß man einige Unterhaltungsstücke, Schach, Tischtennis usw. und vielleicht auch einige Aufnahmen von Volkstänzen und Gesellschaftsspielen im Heim mit zur Schau stellt. Der dritte Teil „Unser wirtschaftlicher Kampf“ wurde gekennzeichnet durch zwei große Plakate. Eines davon brachte die Lehrlingsbestimmungen aus unseren Reichs-

tarifen, darunter die wirtschaftlichen Forderungen, die unsere Lehrlinge und jugendlichen Mitglieder an Staat und Wirtschaft stellen. Das andere zeigte die vorteilhaften Bestimmungen für unsere Lehrlinge aus dem Verbandsstatut, wobei an einem Beispiel bewiesen wurde, wie der Verband sich in einer geradezu vorbildlichen Weise der jungen ausgereiften Kollegen in finanzieller Beziehung annimmt. Warte aus der „Gewerkschaftlichen Jugendbücherei“, Lebensbeschreibungen von bekannten Gewerkschaftsführern, Schriften, die das soziale Wirken unseres Verbandes darstellen und eine große Zahl geeigneter, vom Verbandsvorstand im Laufe der Zeit herausgegebener Flugblätter und Werbeschriften vervollständigen die Darstellung unserer Ziele und die Arbeit für unseren Nachwuchs.

Nun kann ja sicherlich in größeren Zahlstellen noch viel mehr und noch viel Besseres von unseren Jugendgruppen bei derartigen Ausstellungen gezeigt werden. Auch bei dem ersten Versuch der Blauener Jugendgruppe, durch die Beteiligung an einer derartigen Veranstaltung für ihre Bestrebungen zu werben, hätte manches anders gemacht werden können. Doch man muß berücksichtigen, daß es die erste dieser Art für sie war, und daß Beispiele und Anregungen für einen wirkungsvollen Aufbau bei öffentlichen Ausstellungen gerade für unsere Organisation bis jetzt noch sehr wenig zu finden waren. Diese Zeiten sollen deshalb einen Versuch darstellen, anderen unserer Jugendgruppen, die sich ebenfalls mit dem Gedanken tragen sollten, durch die Beteiligung an einer größeren Ausstellung werbend für die Organisation tätig zu sein, Winke und Fingerzeige zu geben.

Der Raum, in dem hier die einzelnen freigewerkschaftlichen Jugendgruppen ihr Wirken und Schaffen zur Schau stellten, machte einen besonders guten Eindruck, was auch in den Berichten über die Ausstellung in den einzelnen Tageszeitungen nicht unerwähnt blieb. An vier Wochentagen — leider stand kein Sonntag mit zur Verfügung — wurde die Ausstellung von 2000 Personen besucht. Sie war ein voller Erfolg für die Veranstalter. Darum sollte von unseren Jugendgruppen im Reich Mühe und Arbeit nicht gescheut werden, wenn ihnen Gelegenheit geboten wird, sich in der Öffentlichkeit für ihr Wirken Beachtung und Anerkennung zu verschaffen. W. L., Blauen.

Claus v. d. Reith 25 Jahre Funktionär.

Im Versammlungsprotokoll der Zahlstelle Magdeburg vom 6. Juli 1907 steht mit nüchternen Buchstaben niedergeschrieben: „Kollege v. d. Reith wurde einstimmig zum 1. Vorsitzenden gewählt.“ Damals noch sehr jung, fand er durch sein entschiedenes Eintreten für die Organisation das Vertrauen seiner Kollegen. Man wurde nicht enttäuscht. Die sonst schon rege Zahlstelle Magdeburg nahm unter seiner Führung einen stetigen Aufschwung. Im Jahre 1920 zum Gauleiter gewählt und angestellt, war es ihm vergönnt, seine reichen Kenntnisse über die Grenzen Magdeburgs hinaus zu tragen zum Nutzen der Kollegen. Als Mitglied des Tarifausschusses hat sich Kollege v. d. Reith besondere Verdienste um die Schaffung von Verträgen für die Helmindustrie erworben. Die Verträge für die Helmindustrie in Ahrensleben dienen als Grundlage zu weiteren ähnlichen Abschlüssen im Reich. Nebenamtlich wirkt der Subilar als Stadtverordneter.

Sein ruhiges Wesen wird sich aufbäumen, wenn er heute hier „angeprangert“ wird. Doch es niht nichts; er muß es sich schon gefallen lassen, daß ihm eine verdiente Ehrung zuteil wird. Mit dem Wunsche zu weiteren Erfolgen überbringen wir dem Kollegen v. d. Reith unsere Glückwünsche. Bg.

Unsere Gautage

Gau Schlesien.

Der Gau Schlesien hielt am 12. Juni seinen Gautag in Breslau ab. 19 Delegierte waren anwesend, außerdem der aus fünf Kollegen bestehende Gauvorstand sowie einige auswärtige und ortsanfällige Gäste, darunter Vertreter vom Verband der Deutschen Buchdrucker, vom Verband der Lithographen und Steindrucker, vom Verband der graphischen Hilfsarbeiter, vom Graphischen Kartell in Breslau und von der Graphischen Union in Reichenberg.

Die Berichterstattung des Gauvorstandes vollzog sich sehr schnell, da die in den Jahresberichten des Verbandsvorstandes gedruckt vorliegenden Berichte des Gauleiters nur für das laufende Jahr ergänzt zu werden brauchten. Der Rassenbericht lag gleichfalls schriftlich vor, so daß sich jeder Delegierte über den Stand unserer Finanzen und den Aufwand der Organisation leicht unterrichten konnte. Kollege Brucks dankte sämtlichen Funktionären für ihre wertvolle Hilfe und erbat diese auch für den neuzuwählenden Gauvorstand. — In der Aussprache wurde ein Antrag der Zahlstelle Breslau, der der Jugendarbeit mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung zugewandt wissen will und eine Zusammenfassung der Jugend im Alter von 18 bis 21 Jahren in besonderen Gruppen forderte, vom Kollegen Scholz-Breslau begründet. Kollege Brucks betonte, daß sich der Gauvorstand mit allem Fleiß der Jugend annehme, leider könne er nicht selbst in allen Orten und Zahlstellen sein, um jeden jugendlichen Kollegen zu unterstützen. Das muß schon die Kollegenschaft in den Orten und Betrieben übernehmen. — Der Antrag wurde dem Gauvorstand zur Erwägung überwiesen. Das gleiche geschah mit einem Antrag der Zahlstelle Görlitz, der eine genaue Gliederung und Veröffentlichung aller Verwaltungsausgaben betraf.

Dann berichtete Kollege Brucks über die Verhandlungen des Verbandstages. In recht eindringlicher Weise schilderte er die Ursachen, die zu dessen Beschlüssen geführt haben. Nimmeh sei es Pflicht des Gautages, nachzuholen, was der Verbandstag nach seiner Auffassung veräumt habe, und zu mildern, wo die Verbandstagsbeschlüsse besonders große Härten für die Kollegenschaft in sich schließen. — Nach reichlicher Aussprache beschloß der Gautag, den vom Verbandstag abgelehnten Pflichtbeitrag für Schlesien mit Beginn der 27. Woche zur Einführung zu bringen. Dieser Beschluß wurde einstimmig gefaßt, da alle Delegierten einsehen, daß die Arbeitersekretariate zum Erliegen kommen müßten, wenn die Gewerkschaften nicht auch für die arbeitslosen Mitglieder Beiträge entrichten würden. Diese Beitragsteilung könnte etwas niedriger sein als die übliche. Mitveranlaßt wurde der Beschluß durch die Absicht der Gewerkschaften, sich der Betreuung der Arbeitslosen in noch größerem Umfange als bisher anzunehmen. Zu Beginn des Jahres 1932 waren auf dem Arbeitsnachweis in Breslau, Abteilung Graphisches Gewerbe, 628 unserer Berufsangehörigen als Arbeitsuchende eingetragen, dabei sind die Jugendlichen unter 17 Jahren nicht mitgezählt, da diese nicht von der graphischen Abteilung, sondern von der Abteilung der Ungelernten geführt werden. Von den eingetragenen 628 arbeitssuchenden Berufsangehörigen gehören 235 dem Verbands als Mitglieder an. Der Gautag versprach sich eine wesentliche Besserung des Organisationsverhältnisses unter den Arbeitslosen durch den Pflichtbeitrag, mit dem die Kosten, die die Betreuung der Arbeitslosen erfordern, gedeckt werden sollen, nachdem eine weitere Belastung der noch arbeitenden Mitglieder nicht mehr möglich ist.

Weiter wurde beschlossen, die Ausgesteuerten-Unterstützung auf Rechnung der Gautasse vorläufig weiterzuführen, ebenso die Krankenunterstützung in dem vom Verbandstag gefürzten Umfange. Den invaliden Kollegen soll als Ausgleich für den ausgefallenen Unterstützungsbetrag ein Zuschuß aus der Gautasse von einem Drittel des Ausfalls gezahlt werden. Dem Gauvorstand wurde ferner die Ermächtigung erteilt, aus Mitteln der Gautasse notleidenden Zahlstellen beizustehen, besonders durch die Lebensnahme der zur Erhaltung der Arbeitersekretariate an die Ortsausschüsse des ADOB, zu entrichtenden Beiträge. Ein Antrag der Zahlstelle Breslau, ihr von den Gaubeträgen 75 statt 60 Proz. zur Bestreitung der örtlichen Verwaltungskosten zu

belassen, wurde abgelehnt; damit fiel auch ein ähnlicher Antrag der Zahlstelle Görlitz.

Zu der durch den Verbandsvorstand vorzunehmenden Wahl des Gauleiters wurde Kollege Brucks einstimmig wieder in Vorschlag gebracht. Für die Wahl eines Beiratsmitgliedes für den Gau Schlesien wurde Kollege Hölzel-Hirschberg, als Ersatzmann Kollege Bonte-Breslau vorgeschlagen. Den Tagungs-ort des nächsten Gautages zu bestimmen, wurde dem Gauvorstand überlassen. Kollege Nippert schloß den Gautag mit einem Rückblick auf die geleistete Arbeit und mit Worten des Dankes an die Delegierten, die eine fleißige Arbeit geleistet haben.

Erich Scholz-Breslau.

Gau Württemberg und Baden.

Empor zum Licht.

Zu düstem Ball schließt eure Reih'n
Da kann nicht Sorge noch Rot hinein.
Fest wie ein Felsen im wilden Meer
Steht dann der Arbeit gewalt'ges Meer.
Erwache, Boll, erwache!

Mit diesem Kampflied leitete der Buchbinder-Männerchor den am 11. und 12. Juni in Stuttgart stattfindenden Gautag des Gau Württemberg und Baden ein. Kollege Döbbling begrüßte den Gautag mit herzlichen Worten, besonders die geladenen Gäste der graphischen Bruderverbände und des Ortsausschusses des ADOB. Insgesamt waren 50 Teilnehmer bei den Verhandlungen anwesend.

Den Geschäftsbereich erstattete Kollege Döbbling. Seit dem Verbandstag habe in Deutschland ein politischer Frontwechsel stattgefunden, der die Arbeiterchaft zur großen Wachsamkeit zwingt. Die vereinigte Reaktion halte die Zeit für gekommen, um ihre Herrschaft durch brutale Knebelung der Arbeiterklasse wieder aufzurichten. Verfümt die Arbeiterchaft die Einigung als einzige Waffe gegen die kapitalistische Diktatur, dann stehen uns noch schwarze Jahre bevor. Die drei Berichtsjahre seien ein einziger Kampf gewesen, um Verschlechterungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen abzuwehren. Wenn dies nicht immer gelungen ist, dann darf die trostlose Wirtschaftslage nicht außer acht gelassen werden, doch kann die Organisation mit Stolz sagen, daß es ihr gelungen ist, die Löhne und Arbeitsbedingungen nahezu auf der früheren Höhe zu halten, bis die Regierung durch Notverordnungen einen unerhörten Abbau diktierte. Niemand hätten die Unternehmer diesen Lohnabbau von der Organisation bekommen. Redner behandelte die Folgen dieses unsinnigen Lohnabbaus, der sich in einer starken Zunahme des Arbeitslosenheeres auswirkte. Ende Dezember 1931 waren im Gau von 4129 Mitgliedern 1088 oder 23,9 Proz. arbeitslos, Ende Mai 1932 36,2 Proz. Im Jahresdurchschnitt hatten wir 40 Proz. der Mitglieder Kurzarbeiter. Durch Betriebsstillegungen und teilweise Stilllegungen sind in Württemberg 15 Betriebe mit 1200 Beschäftigten in Mitleidenschaft gezogen worden. Namentlich die Kartonnagenindustrie wurde von der technischen Entwicklung und den Notverordnungen sehr hart betroffen. Die Zusammenbrüche der Firmen Laufer und Greiner u. Pfeiffer in Stuttgart sind nicht die Folgen der Lohnpolitik der Gewerkschaften, sondern der Unfähigkeit der Geschäftsleitungen. Der Mitgliederstand hat eine in Anbetracht der Verhältnisse in erträglichem Grenzen verbliebene Verringerung erfahren. Für die ausgesteuerten Arbeitslosen sind in den Jahren 1930 und 1931 insgesamt 15 416 Mt. aus lokalen Mitteln ausgezahlt worden. Döbbling macht noch Mitteilung von den Fachturken für Arbeitslose in Stuttgart, die an anderen Orten ebenfalls durchgeführt werden sollten. Zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung trat die Gaulitung an die badische und württembergische Regierung sowie an die Oberbürgermeister der größeren Städte heran mit dem Ersuchen, aus den Rangleien, Museen, Archiven usw. Buchbinderarbeiten herauszugeben. Dieser Forderung wurde Rechnung getragen, soweit die Mittel der verschiedenen Ressorts ausreichten. Mit der Berufsberatung der Arbeitsämter stehen wir in guten Beziehungen. Bei dem handels- und Gewerbeaufsichtsamte suchten wir bei allen Betriebsstillegungen unseren Einfluß geltend zu machen. Das Hauptverorgungsamt bzw. Schwerbeschädigtenauschuß mußte sich mit mehreren Eingaben befassen, die alle voll zugunsten der schwerbeschädigten Kollegen entschieden wurden. Bei den Arbeitsgerichten konnten wir für 200 Mitglieder 21 800 Mt. herausholen sowie die

Tariffündigung.

Der Zentralverband deutscher Kartonnagenfabrikanen hat den bis zum 30. September gültigen Mantelvertrag zu diesem Tag gekündigt.

Wiedereinstellung einiger Personen erzwingen. Von unseren Einsprüchen bei den Spruchauschüssen der Arbeitsämter wurde die Hälfte zu unseren Gunsten entschieden, die andere Hälfte nach § 89a des ArbZG. abgewiesen. Von den Betrieben haben 75 Proz. Betriebsräte bzw. Obleute. Am schlechtesten steht in dieser Beziehung Pforzheim da, das überhaupt keinen Betriebsrat mehr hat, trotz aller Anstrengungen unsererseits. — Die Jugendbewegung will nicht recht gedeihen, doch wird auch hier getan, was in unseren Kräften steht. Zum Schluß behandelt Kollege Döbbling noch die einzelnen Bezirkstarife und die Bestrebungen des Körperlicher Verbandes und schloß auf die kommenden wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse hinweisend mit der Auforderung, alles zu tun, um die Organisation zu stärken, Vertrauen in die Führung des Verbandes zu setzen, nach gewerkschaftlicher Einigkeit zu streben und die ganze Person in diesen Kämpfen in die Waagschale zu werfen. Großer Beifall und Zustimmung unterstrich das zweistündige Referat. Den Kassenericht über die drei Berichtsjahre gab Kollege Reichert. Die Gautafse verfügt über einen Bestand von 2463,48 Mk. Der Gautaffierer beendet seinen Bericht mit einem Dank an alle Funktionäre für treue Pflichterfüllung.

In der Diskussion erfuhr die Berichte noch Ergänzungen aus den Betrieben

Folgender Antrag wurde einstimmig angenommen:

„Der Gautag des Gaues Württemberg und Baden spricht der Gesamtgautagung für die Tätigkeit in der Amtsperiode 1929—1932 Dank und Anerkennung aus. Der Gautag wünscht, indem er ganz besonders dem Kollegen Döbbling sein Vertrauen ausdrückt, daß das kollegiale Verhältnis zwischen Gautleitung, Funktionären und Kollegenschaft auch für die Zukunft bestehen bleiben und sich immer inniger gestalten möge. Treue um Treue, Vertrauen zu unserm Führer und in unsere gerechte Sache wird auch in Zukunft unsere Aufgabe sein.“

Mit dieser Entschlieung spricht der Gautag zugleich aus, daß von einer Ausschreibung der Stelle des Gautleiters abgesehen werden und Kollege Döbbling auch fernerhin in seinem Amt bestätigt werden soll.“

Den Bericht vom Verbandstag erstattete Kollege Kleintrecht-Heilbronn. Er gab in großen Umfassen einen Situationsbericht über die Lage des Verbandes und erläuterte die Beschlüsse des Verbandstags. In der nachfolgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß die Kürzungen aller Unterstützungseinrichtungen wohl bedauerlich, doch in Anbetracht der heutigen Verhältnisse nicht zu umgehen waren und die Schlagkraft des Verbandes zu stärken sei. Die Ansicht des Gautages wurde in folgender Entschlieung zusammengefaßt die einstimmig angenommen wurde:

„Der Gautag des Gaues Württemberg und Baden nahm Kenntnis von dem Verlauf und den Beschlüssen des Verbandstages. Der Gau ist einmütig der Auffassung, daß die Beschlüsse der heutigen Notzeit angepaßt sind und die Schlagkraft der Organisation in erster Linie erhalten bleiben muß, um allen Anstürmen der Reaktion gewachsen zu sein.“

Der Gautag richtet die Aufforderung an alle Mitglieder, Bedenken materieller Art zurückzustellen und nur dafür zu sorgen, daß der Gau trotz der schlechten Wirtschaftslage mit allen ihren Begleiterscheinungen vorwärts schreitet.

Dem Verbandsvorstand bringen die Delegierten das größte Vertrauen entgegen und versprechen, in ihren Zahlstellen mit erhöhter Aktivität zu arbeiten und für eine reibungslose Durchführung der Beschlüsse des Verbandstages zu sorgen.“

Darauf wurde Stellung genommen zu der Bekanntmachung des Verbandsvorstandes in Nr. 25 der „Buchbinder-Zeitung“ betr. Neuwahlen der Angestellten, Tarifausschuß und Beirat. Dem Verbandsvorstand wurde die Wiederwahl des Kollegen Döbbling empfohlen. Ebenso wurde der Gautleiter als Tarifausschuhmitglied bestimmt. Als Mitglied des Beirats kam Döbbling wieder in Vorschlag, als Erfahmann Kollege Jenner-Stuttgart.

Sämtliche Beschlüsse wurden einstimmig gefaßt. Kollege Döbbling dankte mit herzlichen Worten für die Ehrung und brachte zum Ausdruck, daß seine Arbeitsleistung nur möglich gewesen sei durch die außerordentliche Hilfe, die er von den Kollegen Reichert und sämtlichen Funktionären erfahren durfte. Er gab den Dank zurück an alle Mitglieder mit der Bitte, so wie seither Freunde zu bleiben. Nur durch das volle Vertrauen der Kollegenschaft sei es möglich, die Interessen der Kollegenschaft zu wahren.

Zum letzten Tagesordnungspunkt hielt Kollege Endreß, Vorsitzender des Ortsausschusses des ADGB, in Stuttgart, einen äußerst interessanten, belehrenden Vortrag über „Das Tarifvertragsrecht“ nach folgender Einteilung: Geschichtliche Entwicklung der ungeschützten Arbeitskraft, Einzelvertrag und Kollektivvertrag der Vorkriegszeit. Zusammenschluß der Arbeiter, betriebliche Abmachungen, Abschlüsse der Gewerkschaften mit dem Einzelunternehmer. Tarifverträge der Gewerkschaften mit Unternehmerverbänden. Kollektivgedanke. Unabhängigkeit des Tarifvertrags, Tarifvertrag—Friedenspflicht, wer ist tariffähig, Rechte und Pflichten aus dem Tarifvertrag, normativer und obligatorischer Teil. Wiedereinstellungsklausel. Kündigung, räumliche, sachliche und zeitliche Grenze des Tarifvertrags. Tarifvertrag und unorganisierte, Abdingbarkeit, Verzicht, Allgemeinverbindlichkeit, Schlichtungswesen. Kollege Endreß verstand es, die Zuhörer zu packen, so daß sie ihm willig in die schwierige Materie folgten. Ein Antrag, den Vortrag durch das Gaubüro zu vervielfältigen, wurde angenommen.

In seinem Schlußwort dankte Kollege Dürr dem Referenten sowie der Zahlstelle Stuttgart und dem Gauvorstand für die gastliche Aufnahme und fand anfeuernde Worte für die weitere Mitarbeit zur Stärkung des Verbandes. Masse und Führer müsse einig sein. Entschlossenheit zum Kampf wird jetzt gebraucht, da die allernächste Zukunft uns die schwersten Kämpfe bringe.

Mit einem Hoch auf die Organisation, die deutsche und internationale Arbeiterbewegung, in das die Anwesenden begeistert einstimmten, wurde der Gautag geschlossen.

Der Verbandstag mit seinen Beschlüssen wird nicht jedem sofort verständlich sein. Das eigene Interesse erfordert es jedoch, daß die Organisation unter allen Umständen nicht nur in ihrem Bestand erhalten, sondern weiter gestärkt wird. Die Entwicklung wird uns vor neue Kämpfe von ungeahnten Ausmaßen stellen, die nur siegreich bestanden werden können, wenn die Arbeiterkraft einig und geschlossen ist. Der mächtige Gegner, die vereinigte Reaktion, holt zum letzten Schlage aus, um die Arbeiterkraft vollständig rechtslos zu machen. Wir haben nur noch zu wählen zwischen Knechtschaft und Freiheit. Wollen wir frei werden, wollen wir die Fesseln abwerfen, die uns heute noch bedrücken, dann nur, wenn wir den

Willen, den Mut und die Opferbereitschaft haben, zu kämpfen unter Einsetzung der ganzen Person bis zum endgültigen Sieg. Das ist der Wille des Gautags. Handelt danach! Alles für die Freiheit!

P. Döbbling, Stuttgart.

Bekanntmachungen des Verbandsvorstandes.

1. Sendungen an den Verbandsvorstand und die Schriftleitung der „Buchbinder-Zeitung“. Mit dem 1. Juli 1932 hat Kollege Wilhelm Drehwald die Leitung des Verbandes als 1. Vorsitzender übernommen. In seine bisherige Stelle rückt Kollege Otto Wienicke als 2. Vorsitzender ein.

Wir bitten nun für richtige Aufschriften auf den für uns bestimmten Sendungen zu achten. Die Aufschriften müssen lauten: auf alle Sendungen an den Verbandsvorstand:

an Wilhelm Drehwald;

auf Sendungen für die Verbandskasse und Postanweisungen:

an Wilh. Greve;

auf Sendungen für die „Buchbinder-Zeitung“:

an Karl Michaels;

sämtlich Berlin C 2, Neuer Markt 8/12, Fernsprecher E 2 11 29 (Amf Kupfergraben).

Die Aufschriften auf Zahlkarten, Postchecks und Ueberweisungen auf unser Bankkonto gehen den Verwaltungen durch Rundschreiben zu.

2. Arbeitslosenunterstützung für die aus der Lehrlingsklasse in eine andere Beitragsklasse übergetretenen Mitglieder. Der Verbandstag in Leipzig hat beschlossen, daß ab 1. Juli 1932 an Mitglieder, die aus der Lehrlingsklasse in eine andere Beitragsklasse übergetreten sind, die Arbeitslosenunterstützung erst nach 13 in der höheren Beitragsklasse geleisteten Beiträgen gewährt werden kann. Dieser Beschluß ist in den neuen Statutenauszug verfehentlich nicht aufgenommen worden. Nach der alten Bestimmung noch in Unterstützung stehende Mitglieder sind ab 1. Juli nach dem obigen Beschluß zu behandeln. Wir eruchen die Kassierer, diesen Nachtrag zu beachten.

3. Einstellung der Lokalunterstützung in Düren. In der Zahlstelle Düren kann wegen fast vollständiger Arbeitslosigkeit der dortigen Mitglieder die übliche Lokalunterstützung für Durchreisende bis auf weiteres nicht mehr ausgezahlt werden. Wir bitten die reisenden Mitglieder, hieron Kenntnis zu nehmen.

4. Die Lokalbeiträge sind in den nachbenannten Zahlstellen ab Woche 27 mit Genehmigung des Verbandsvorstandes neu geregelt. Sie betragen in

Beitragsklasse	I		II		III		IV		V	
	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.	Mk.	Pf.
Brandis	5	5	5	5	5	5	5	5	5	5
Deffau	—	—	15	20	20	20	20	20	20	20

Der Verbandsvorstand

Sterbetafel.

- Im Monat Juni sind uns nachstehende Mitglieder als verstorben gemeldet worden
- Berlin:** Gustav Hoffmann, Invalide, 71 Jahre, Herzleiden.
 - Hugo Stieglitz, Buchbinder, 60 Jahre, Tuberkulose.
 - Betty Revoigt, Buchbinderarbeiterin, 24 Jahre, Tuberkulose.
 - Lazar Bekaristy, Buchbinder, 48 Jahre, Lungentuberkulose.
 - Viktor Sobel, Buchbinderlehrling, 18 Jahre, Tuberkulose.
 - Braunschweig:** Albert Hirschfeld, Buchbinder, 76 Jahre, Herzschwäche.
 - Rolf Linne, Buchbinderlehrling, 17 Jahre, Freitod.
 - Breslau:** Reinhold Gräber, Buchbinder, 59 Jahre, Todesursache (?).
 - Reichard Feist, Buchbinder, 63 Jahre, Lungentuberkulose.
 - Dresden:** Gertrud Klotz, Papierwarenarbeiterin, 38 Jahre, Herzschwäche.
 - Düren:** Anton Marg, Papierwarenarbeiter, 43 Jahre, Todesursache (?).
 - Köln a. Rh.:** Ignaz Beyfuß, Buchbinder, 62 Jahre, Nierenleiden.
 - Leipzig:** Martha Krieg, Buchbindereiarbeiterin, 47 Jahre, Krebsleiden.
 - Käthe Raum, Buchbindereiarbeiterin, 20 Jahre, Unfall.
 - Paul Reifeberger, Kartonnagenarbeiter, 41 Jahre, Freitod.
 - Paul Wolf, Buchbinder, 58 Jahre, Schlaganfall.
 - Wuppertal:** Alfred Mehler, Gautaffierer, 61 Jahre, Gallenleiden.

Allen ein ehrendes Andenken!